

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>20.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Konservative und Rechte Parteien</b>
Akteure	<b>Schweizer Demokraten (SD)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Brändli, Daniel  
Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias  
Schoenholtz, Stephan

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Konservative und Rechte Parteien, Schweizer Demokraten (SD), 1990 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
Soziale Gruppen	1
Migrationspolitik	1
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	1
Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>SAG</b>	Schweizer Allianz Gentechfrei
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>OFRA</b>	Organisation für die Sache der Frau

---

<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>StopOGM</b>	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>OFRA</b>	Organisation pour la cause des femmes

# Allgemeine Chronik

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

#### Medizinische Forschung

**Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien**, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).<sup>1</sup>

### Soziale Gruppen

#### Migrationspolitik

Die **Volksinitiative** der SD mit dem Titel "**Masshalten bei der Einwanderung**" kam knapp **nicht zustande**. Diese Initiative verlangte ein Migrationsgesetz mit dem Grundsatz, dass die jährliche Einwanderung das Ausmass der Auswanderung des Vorjahres nicht übersteigen darf. Durch Einbürgerungen hätte sich so der Ausländerbestand allmählich reduziert.<sup>2</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Konservative und Rechte Parteien

Die Nationale Aktion für Volk und Heimat hat sich an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. Juni in Schweizer Demokraten umbenannt. Einige Kantonalsektionen (Innerschweiz, AG, FR, BL und BE) hatten diese Namensänderung bereits vor diesem Datum vorgenommen. **Gegen die neue Namensgebung** stimmten neben der **waadtländischen auch die Zürcher Sektion**, welche zwei der drei Nationalräte stellt und als grösste und finanzstärkste gilt. Sie wird sich vorläufig weiterhin NA nennen. Auch die **Sektion Basel-Stadt** machte bei der Umbenennung nicht mit: sie **heisst inskünftig «Unabhängige Volkspartei» (UVP)**.<sup>3</sup>

Hinter dem Namenwechsel stand erklärtermassen die Absicht, sich vom **Image** einer auf das Thema 'Überfremdung' beschränkten Partei, welches der alten NA anhaftet, **zu lösen und auch Anklänge an nationalsozialistische Parteien zu vermeiden**. Vom neuen Namen erhoffen sich die Schweizer Demokraten auch grössere Attraktivität bei konservativ-patriotisch eingestellten Bürgerinnen und Bürgern, welche sich von den bürgerlichen Parteien abwenden könnten, wenn sich diese aus europapolitischen Gründen für eine Relativierung der Volksrechte und der Neutralität aussprechen sollten. Eine Überarbeitung des Parteiprogramms hatte die Umbenennung allerdings nicht zur Folge.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 18.05.1992  
MARIANNE BENTELI

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 13.03.1997  
MARIANNE BENTELI

PARTEICHRONIK  
DATUM: 09.06.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

PARTEICHRONIK  
DATUM: 10.06.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 20.08.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Parolen der SD zu den eidgenössischen Abstimmungen deckten sich mit denen der meisten linken und grünen Parteien: Der Zentralvorstand fasste die **Ja-Parolen zu den Volksinitiativen zum Strassenbau** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, und «Stopp dem Beton») und **zur AKW-Politik** (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) **sowie zum Energieartikel**; die Revision der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes sowie den Rebaubaubeschluss empfahl er hingegen zur Ablehnung.<sup>5</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 11.11.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SD **sanken weiterhin in der Wählergunst**. In der Waadt traten sie gar nicht erst an und **verzichteten damit auf die Verteidigung ihrer 6 Mandate**; in den Städten Zürich und Winterthur büssteten sie mehr als die Hälfte ihrer Sitze ein.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 05.12.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Da er von seiner Partei keine Unterstützung erhalten hatte, **lancierte der Zürcher Nationalrat Meier** seine **Überfremdungsinitiative** «gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten» **im Alleingang**. Die Partei selbst lancierte eine **Volksinitiative zur Asylpolitik** und war mit der Unterschriftensammlung für die Initiative «Für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag» beschäftigt. Diese Sammlung gestaltete sich **äusserst mühsam**, konnte aber erfolgreich zu Ende geführt werden.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 21.01.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Schweizer Demokraten haben zu Beginn des Berichtsjahres die Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» lanciert. **Kernpunkte** der Initiative sind sofortige Wegweisung **illegal eingereister** oder rechtskräftig **abgewiesener Asylbewerber**, eine weitere **Verkürzung des Verfahrens** auf sechs Monate, die Entbindung der Gemeinden von der Aufnahmepflicht sowie eine **verstärkte Hilfe der Schweiz** für bedrohte Menschen in den Herkunftsländern. Die im Vorjahr vom Zürcher Nationalrat Meier lancierte radikalere Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten kam nicht zustande.<sup>6</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 04.05.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen beschloss der Zentralvorstand die **Ja-Parolen** für das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18** sowie für die **SBB-Initiative**, lehnte jedoch das Finanzpaket als unsozial und die Barras-Reform als zu weitgehend ab.<sup>7</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 22.06.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegiertenversammlung in Frauenfeld vom 22. Juni brachte klar die europafeindliche Haltung der SD zutage; ein **EG-Beitritt** käme laut Zentralpräsident Keller einer **faktischen Auflösung der Schweiz gleich**.<sup>8</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 20.10.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

In der Kampagne für die Nationalratswahlen bildete die Forderung nach einer restriktiven **Asylpolitik** im Sinne ihrer lancierten Initiative den Schwerpunkt, während der Ruf nach einer repressiven **Drogenpolitik** und die Ablehnung sowohl des **EWV-Vertrags** als auch eines möglichen EG-Beitrittsantrags an zweiter und dritter Stelle folgten.

Die Schweizer Demokraten legten über ein halbes Prozent an Wählerstimmen (ohne Vigilance) hinzu und konnten ihre Vertretung von **drei auf fünf Mandate erhöhen**; damit erreichten sie ihr gestecktes Ziel, Fraktionsstärke zu erlangen. Wie die Autopartei und die SVP, welche dieselben Schwerpunkte in den Wahlkampfthemen gesetzt hatten, konnten die SD von einer diffusen Proteststimmung in der Wählerschaft profitieren. Im **Kanton Bern** erreichten sie einen **zweiten Sitz** und in **Baselland**, wo die SD wie im Kanton Zürich eine Listenverbindung mit der Auto-Partei eingegangen waren, wurde der Zentralpräsident, Rudolf Keller, **neu in den Nationalrat** gewählt.

Die Partei versuchte, vermehrt die weibliche Wählerschaft anzusprechen und stellte unter anderem im Basbiet auch eine Frauenliste auf. SD-Kandidaturen gab es in zehn Kantonen; zudem bewarben sich erstmals Vertreter der SD in den Kantonen Luzern, Neuenburg, Aargau und Thurgau um einen Ständeratssitz. Die SD gingen mit der Lega dei ticinesi, welche zwei Nationalräte stellt, eine Fraktionsgemeinschaft ein; die beiden Fraktionspartner haben sich gegenseitig die Freiheit zugesichert, in Einzelfragen – etwa bezüglich der Armee oder der Lex Friedrich – abweichende Ansichten zu vertreten.<sup>9</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 07.07.1992

MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Schweizer Demokraten setzten im Berichtsjahr ihren Kampf gegen den Beitritt zum EWR energisch fort und übten heftige Kritik am bundsrätlichen Gesuch um die Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen. Die SD, unterstützt von ihrem Fraktionspartner «Lega dei Ticinesi», **lancierten eine Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk»**, um den Bundesrat in seiner Integrationspolitik zu bremsen. Neben der Einschränkung direktdemokratischer Instrumente machten die SD vor allem die Gefahr einer Einwanderungsflut und Wohnungsnot als Argumente gegen den EWR-Beitritt geltend. Die **Nein-Parole zur EWR-Abstimmung** wurde von den Delegierten einstimmig beschlossen.<sup>10</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 06.12.1992

MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SD konnte ihr integrationsfeindliches Engagement nicht in Wahlerfolge umsetzen. Sowohl in Basel-Stadt als auch in der Stadt Bern **büßte sie Wähleranteile** und Sitze ein.

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 23.07.1993

MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SD unterstützten das **von der Lega dei Ticinesi lancierte Referendum** gegen ein Schweizer Kontingent von UNO-Blauhelmen. Die von der **SD lancierte Initiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag** wurde mit Ausnahme der Liberalen und der Grünen von allen Parteien unterstützt und mit **grossem Mehr in der Volksabstimmung angenommen**.<sup>11</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 30.10.1993

MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen empfahlen die SD ein Nein zur Aufhebung des Spielbankenverbots, zur Erhöhung des Treibstoffzolls, zu den beiden Armeeinitiativen (neue Kampfflugzeuge und Waffenplätze), zum Kantonswechsel des Laufentals sowie – aus europapolitischen Gründen – zu allen Mehrwertsteuervorlagen. Die **Werbeverbotsinitiativen unterstützten sie hingegen zusammen mit den linken Parteien**. Bei den kantonalen **Wahlen** stagnierten die SD.<sup>12</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 17.04.1994

EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** verloren die Schweizer Demokraten in Bern **einen ihrer drei Sitze**.

**VOLKSINITIATIVE**

DATUM: 07.07.1994

EVA MÜLLER

Die SD konnten im Berichtsjahr die mit der Lega gemeinsam lancierte Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» einreichen. Sie lancierten ausserdem alleine das **Referendum** gegen eine Lockerung der **Lex Friedrich**. Mit Protest reagierten die SD auf den Antrag des Bundesrats, die 1992 von ihnen eingereichte Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» aus Völkerrechtsgründen für ungültig zu erklären.<sup>13</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 27.10.1994

EVA MÜLLER

Im Berichtsjahr verstarb James Schwarzenbach, der **erste Parlamentsvertreter und zeitweise Zentralpräsident der Nationalen Aktion**, Vorgängerin der 1990 in Schweizer Demokraten umbenannten Partei. Schwarzenbach war vor allem durch die Überfremdungsinitiative von 1970 («Schwarzenbach-Initiative») bekannt geworden.<sup>14</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 01.11.1994

EVA MÜLLER

Im **Kanton Schwyz** gründeten die SD eine neue Kantonalsektion.<sup>15</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 03.12.1994

EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen kämpften die SD **vergeblich gegen eine Annahme des Anti-Rassismus-Gesetzes**. Einen Abstimmungssieg erreichten sie jedoch mit der **Ablehnung schweizerischer Blauhelmtuppen**, gegen die sie das Referendum mitgetragen hatten. Entgegen den anderen Parteien des rechten Spektrums sprachen sich die SD **für die Alpeninitiative aus**.<sup>16</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 26.06.1995  
EVA MÜLLER

Im Juni lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung eine Lockerung der «Lex Friedrich», gegen welche die Schweizer Demokraten im Alleingang das Referendum ergriffen hatten, ab. Damit konnte sich die Partei als **einzigste Bekämpferin des «Ausverkaufs der Heimat» feiern lassen**, hatten doch alle anderen Parteien mit Ausnahme der EDU (die Grünen beschlossen leer einzulegen) der Vorlage zugestimmt.<sup>17</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 04.09.1995  
EVA MÜLLER

Die SD stieg mit ihrem angestammten Thema in den nationalen Wahlkampf und **lancierte eine Volksinitiative** «Masshalten bei der Einwanderung», wonach die jährliche Zahl der Einwanderer die Zahl der Auswanderer des Vorjahres nicht übersteigen darf. Die 1992 eingereichte SD-Initiative «Für eine vernünftige Asylpolitik» wurde auf Antrag des Bundesrates vom Parlament wegen **Völkerrechtswidrigkeit für ungültig** erklärt.<sup>18</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 22.10.1995  
EVA MÜLLER

Nachdem die SD auf **kantonomer Ebene 1995 einen Sitz zulegen** konnte, verlor sie bei den eidgenössischen Wahlen **zwei ihrer bisher fünf Nationalratsmandate**. Bei der Ausmarchung um die Fraktionszusammenschlüsse verlor die Partei zudem ihren bisherigen Fraktionspartner Lega an die Freiheits-Partei. Eine Fraktionsgemeinschaft mit den Schweizer Demokraten lehnte die FPS ab. Mit nur drei Nationalräten ist die SD somit neu fraktionslos.

**WAHLEN**  
DATUM: 04.02.1996  
EVA MÜLLER

In St. Gallen verlor die SD anlässlich der kantonalen Parlamentswahlen ihren einzigen Sitz. Damit ist die Partei **noch in fünf kantonalen Parlamenten** (AG, BE, BL, BS und ZH) vertreten.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 14.03.1996  
EVA MÜLLER

Nach dem Ständerat erklärte auch der Nationalrat die 1992 eingereichte Volksinitiative der SD «Für eine vernünftige Asylpolitik» **wegen Unvereinbarkeit mit zwingendem Völkerrecht für ungültig**.

**WAHLEN**  
DATUM: 02.03.1997  
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** gewannen die Schweizer Demokraten im **Aargau überraschend vier Sitze hinzu** und erreichten damit wieder Fraktionsstärke.

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 13.03.1997  
EVA MÜLLER

Die Schweizer Demokraten brachten ihre vor den Nationalratswahlen 1995 lancierte Volksinitiative «Masshalten bei der Einwanderung!» nicht zustande. Sie wollten den Grundsatz in die Verfassung schreiben, dass die **jährliche Einwanderung das Ausmass der Auswanderung des Vorjahres nicht übersteigen darf**.<sup>19</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 19.04.1998  
URS BEER

Bei den kantonalen Wahlen **in Bern gewannen die Schweizer Demokraten einen weiteren Sitz hinzu** und sind neu mit drei Mandaten im Parlament vertreten.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 06.06.1998  
URS BEER

**Ehemalige Mitglieder der Westschweizer Sektionen der Schweizer Demokraten** gründeten eine politisch weit rechts stehende Bewegung, die «Union des patriotes suisses». Die Ursache für die Abspaltung seien **Persönlichkeitsprobleme** zwischen der Deutschschweizer SD-Zentrale und den Westschweizer Sektionen. Die neue Partei kündigte an, eine eigene Zeitung namens «Pays romand» herauszugeben.<sup>20</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 14.07.1998  
URS BEER

Nationalrat und SD-Zentralpräsident Rudolf Keller (BL) lancierte einen Aufruf zu einem «Amerika-Boycott», da er sich die Boykott-Drohungen amerikanischer Behörden im Zusammenhang mit der Schweizer Rolle im Zweiten Weltkrieg nicht mehr gefallen lassen wollte. In einem Communiqué rief er dazu auf, **«sämtliche amerikanischen und jüdischen Waren, Restaurants und Ferienangebote solange zu boykottieren**, bis diese gemeinen und völlig unberechtigten Angriffe und Klagen gegen die Schweiz» aufhörten. Dazu präziserte er, dass sich der Boykottaufruf nicht gegen jüdisch-schweizerische Firmen, sondern ausschliesslich gegen jüdisch-amerikanische richtete. Gegen ihn wurde ein **Verfahren gegen das Antirassismusetz eröffnet**.<sup>21</sup>



**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 20.11.1998  
URS BEER

Der Berner SD-Kantonalvorstand beschloss, den seit 1983 im **Nationalrat sitzenden Markus Ruf** für die nächsten Wahlen **nicht mehr zu nominieren**. Die Parteiführung warf im vor, in den letzten zwei Legislaturperioden wiederholt gegen die Parteimeinung gestimmt und die SD-Kernthemen Ausländer- und Asylpolitik vernachlässigt zu haben. Im Dezember teilte Ruf seinen Parteiaustritt **aus politischen und persönlichen Gründen mit** und kehrte auch der SD-Bundeshausfraktion den Rücken, womit die Schicksalsgemeinschaft von SD, Lega und dem abtrünnigen Tessiner Freisinnigen Pini ihre Fraktionsstärke verlor.

Die SVP Bern lehnte den Wunsch Rufs ab, ihm einen Platz auf der SVP-Nationalratswahlliste zu offerieren.<sup>22</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 20.03.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Die SD fassten im März die **Nein-Parole zur Revision der Bundesverfassung**. Es handle sich dabei um eine **unschweizerische und gefährliche Mogelpackung**. Stossend empfand die Partei insbesondere den veränderten Passus, wonach in Zukunft nicht mehr die «Freiheit und Rechte der Eidgenossen» sondern nur noch die «Rechte der Bevölkerung» zu schützen seien. Die SD wehrten sich dagegen, da damit die ausländische Bevölkerung der schweizerischen Bevölkerung gleichgestellt werden könnte, namentlich im Stimm- und Wahlrecht.<sup>23</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 14.09.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Das im Vorjahr gegen den Präsidenten der Schweizer Demokraten, Nationalrat Rudolf Keller (BL), eingeleitete Strafverfahren wegen Verstosses gegen das Anti-Rassismogesetz **konnte nicht durchgeführt werden**. Der Nationalrat hiess das Gesuch der Strafbehörden um Aufhebung der parlamentarischen Immunität zwar gut, der Ständerat lehnte es aber ab, da seiner Meinung nach ein direkter Zusammenhang zwischen Kellers politischem Amt und dem inkriminierten Boykott-Aufruf amerikanischer und jüdischer Geschäfte vorliege.

Nachdem 1998 die SD des Kantons Bern beschlossen hatten, Nationalrat Markus Ruf wegen fehlender Übereinstimmung mit den Parteizielen für die Wahlen vom Herbst 1999 nicht mehr zu nominieren, trat **dieser im Berichtsjahr aus der Partei** aus. Er kandidierte erfolglos auf der Liste des LdU.<sup>24</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 24.10.1999  
DANIEL BRÄNDLI

Bei den **Nationalratswahlen** verloren die SD zwei ihrer drei Sitze. Der Wähleranteil reduzierte sich von 3,1% auf 1,8%. Obwohl die SD im Kanton Baselland mit einem Wähleranteil von 10,1% ihr bestes Resultat erreichten, schaffte Präsident Keller die Wiederwahl nicht.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 02.05.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Die von Schweizer Demokraten und Lega dei Ticinesi angeführte **Opposition gegen die bilateralen Verträge mit der EU** brachte im Februar das Referendum zustande. Im Mai beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. Gleichzeitig drohte die Partei mit einem Referendum, sollten die Einbürgerungsvorschriften in der Schweiz liberalisiert werden.<sup>25</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2000  
DANIEL BRÄNDLI

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Basel-Stadt** verloren die SD drei ihrer acht bisherigen Mandate. Die Teilnahme an den Wahlen in St. Gallen und Thurgau brachte keinen Erfolg.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 23.07.2001  
MAGDALENA BERNATH

**Parteisekretär Alexander Nyffenegger** musste sein **Amt aufgeben**, angeblich, weil er eine ukrainische Nachtclub-Tänzerin geheiratet hatte, kurz bevor deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen war. Als Nachfolgerin war die Berner Stadträtin Lydia Riesen vorgesehen.<sup>26</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2001  
MAGDALENA BERNATH

Bei den **Parlamentswahlen im Aargau** büsst die SD drei ihrer bisher sieben Mandate ein.

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.12.2002  
MAGDALENA BERNATH

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Bern** konnte die SD ihre bisherigen drei Sitze halten. Wie die anderen kleinen Rechtsparteien (FP, Lega und EDU) bekämpfte auch die SD den Beitritt der Schweiz zur UNO.

**VOLKSINITIATIVE**

DATUM: 12.03.2003  
MAGDALENA BERNATH

Die Schweizer Demokraten lancierten eine **Volksinitiative „Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten“**. Sie verlangt, dass die Zahl der in einem Jahr einwandernden Personen, inklusive der Asylsuchenden, nicht höher sein darf als die der im Vorjahr Ausgewanderten.<sup>27</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**

DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Die Schweizer Demokraten gaben die **Ja-Parole** zur **Sonntagsinitiative** und zu den beiden **Atominitiativen** heraus; die übrigen vier Volksbegehren lehnten sie ab.

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2003  
MAGDALENA BERNATH

Bei den **Nationalratswahlen** konnten die SD ihren Sitz im Kanton Bern verteidigen. Bei den kantonalen Wahlen in Basel-Land und in Zürich büsst sie insgesamt sechs Mandate ein und stellen noch 4 (BL) resp. 1 Parlamentarier (ZH).

**BUNDESRATSGESCHÄFT**

DATUM: 12.12.2004  
MAGDALENA BERNATH

Die Schweizer Demokraten ergriffen das **Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten**. Sie erhofften sich damit eine Profilierung auf Kosten der SVP, der, anders als bei Schengen/Dublin, bei dieser Vorlage die Hände gebunden seien.<sup>28</sup>

**WAHLEN**

DATUM: 31.12.2004  
MAGDALENA BERNATH

Bei den Grossratswahlen in **Basel-Stadt** verpassten die SD die **5%-Hürde** und mussten ihre fünf bisherigen Mandate abtreten.

**WAHLEN**

DATUM: 23.07.2005  
MAGDALENA BERNATH

Mit dem Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten wollten sich die Schweizer Demokraten **gegenüber der SVP profilieren**. Ein guter Teil der Wirkung ging aber in der Kampagne, in der vor allem die Opposition der SVP wahrgenommen wurde, wieder verloren.

Nach der Verkleinerung des Aargauer Grossen Rates von 200 auf 140 Sitze konnten die SD ihr Mandat nicht verteidigen; sie sind nur noch in den Parlamenten der Kantone Basel-Land, Bern und Zürich vertreten.<sup>29</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**

DATUM: 13.01.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf der Delegiertenversammlung im März in Olten (SO) beschlossen die Schweizer Demokraten das **Referendum gegen das Osthilfe-Gesetz** zu ergreifen. Sie machten damit zum wiederholten Mal den Versuch, sich rechts von der SVP, welche das Referendum erst später unterstützte, zu positionieren. Mit ähnlicher Absicht drohten die Schweizer Demokraten präventiv mit dem Referendum gegen die Aufhebung der Beschränkungen für den Grundstückserwerb von im Ausland Ansässigen (Lex Koller). Ex-Nationalrat Valentin Oehen, ehemaliger Präsident der Partei und den SD erst jüngst wieder beigetreten, hatte in diesem Zusammenhang ein Referat mit dem Titel „Ausverkauf der Heimat“ vorgetragen.<sup>30</sup>

**PARTEICHRONIK**

DATUM: 15.03.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Im Kanton **Solothurn** gründete sich nach ihrer Auflösung 1996 wieder eine Sektion der SD. Zum Präsidenten wurde Patrick Müller gewählt. Müller betonte die Unterschiede der SD zur SVP, welche vor allem in der Umwelt- und der Sozialpolitik bestehen würden. Eine Zusammenarbeit mit der SVP sei nur in einzelnen Fragen denkbar. Zentralpräsident Hess (BE) strebte auch im Tessin die Neugründung einer Sektion der SD an.<sup>31</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 30.12.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Im Dezember schloss der Parteivorstand den Präsidenten der **Zuger SD-Sektion**, Richard Fluehmann, wegen parteischädigenden Verhaltens und Verunglimpfung anderer Parteimitglieder aus. Fluehmann war früher aus der SVP ausgeschlossen worden und hatte die Zuger Sektion der SD Mitte 2006 mitbegründet.<sup>32</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 31.12.2006  
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Bei den **Wahlen zum Berner Grossen Rat** büssten die Schweizer Demokraten zwei von drei Sitzen ein.

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 07.05.2007  
SABINE HOHL

Der Zentralvorstand der SD hatte im Dezember 2006 den **Präsidenten der SD Zug, Richard Fluehmann**, wegen verunglimpfender Äusserungen gegenüber Parteimitgliedern ausgeschlossen. Die Zuger SD-Sektion bestätigte Fluehmann jedoch im Januar in seinem Amt. Sie forderte zudem den Rücktritt von Parteipräsident und Nationalrat Bernhard Hess (BE) und beschloss, sich zukünftig als „national-konservative Partei“ zu bezeichnen. Vor den Landratswahlen in Baselland im April verteilte Fluehmann Flyer, die den dortigen SD-Kandidaten Rudolf Keller in die Nähe von Adolf Hitler rückten. Die von der Zuger Sektion boykottierte Delegiertenversammlung der SD bestätigte den Ausschluss von Fluehmann einstimmig und beschloss, dass die Zuger Sektion wieder in die Sektion Innerschweiz eingegliedert werden solle. Bernhard Hess wurde als Parteipräsident wiedergewählt. Zudem fassten die Schweizer Demokraten die Nein-Parole zur 5. IV-Revision.<sup>33</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 25.08.2007  
SABINE HOHL

Im August trat der **Vizepräsident der SD, Roman Wagner**, von seinem Amt zurück. Die Presse hatte Besuche von deutschen Neonazis bei Wagner aufgedeckt. Parteipräsident Hess legte ihm daraufhin den Rücktritt nahe. Seine Kandidatur für den Nationalrat im Kanton Aargau konnte Wagner allerdings nicht mehr zurückziehen.<sup>34</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 21.10.2007  
SABINE HOHL

Bei den Nationalratswahlen **verlor Bernhard Hess den letzten SD-Sitz**. Die SD waren in neun Kantonen angetreten, ihr bestes Ergebnis erzielten sie im Kanton Thurgau mit 1,9%. Hess erklärte, die SD werde es als Partei vermutlich bald nicht mehr geben, höchstens als „patriotische Bewegung“ könnten sie weiterexistieren. Er kündigte auch seinen Rücktritt als Parteipräsident an. Verschiedene SD-Sektionen äusserten sich jedoch, sie wollten als Partei weitermachen.<sup>35</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 29.10.2007  
SABINE HOHL

Der Zentralvorstand der SD beschloss an einer Sitzung nach den Wahlen, dass die Partei weiterhin auf eidgenössischer Ebene Politik betreiben werde. **Vizepräsident Ulrich Brassler** (ZH) übernahm interimistisch die Parteileitung und stellte sich auch als Kandidat für Hess' Nachfolge zu Verfügung. An der Sitzung des Zentralvorstandes kam es allerdings zu einem Eklat, die Sektionen Wil und Oberer Zürichsee/Glarnerland verliessen den Raum. Nach Darstellung dieser Sektionen war angekündigt worden, die Sitzung werde militärisch geführt und es werde keine Kritik geduldet. Die Sektion Oberer Zürichsee/Glarnerland beschloss, sich von den SD zu lösen und als „Republikanische Reform-Partei“ neu zu gründen.<sup>36</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 17.12.2007  
SABINE HOHL

Ende Jahr beschlossen die Schweizer Demokraten an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung, das **Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien** zu ergreifen. Zudem fassten sie die Nein-Parole zur Unternehmenssteuerreform II und beschlossen Stimmfreigabe für die Initiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten.<sup>37</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 28.08.2008  
SABINE HOHL

Die Schweizer Demokraten unterstützten die Initiative „gegen Behördenpropaganda“ und die Initiative „für demokratische Einbürgerungen“, den Gesundheitsartikel lehnten sie ab. Aktiv waren die SD vor allem beim **Referendum gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU**, für das sie Unterschriften sammelten. Sie hofften auf einen Aufschwung für ihre Partei durch die Tatsache, dass die SVP das Referendum nicht aktiv unterstützte. Die Schweizer Demokraten lehnten die Hanfliberalisierungsinitiative und die Initiative für die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts ab, die Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern unterstützten sie.<sup>38</sup>

**WAHLEN**  
DATUM: 09.03.2009  
SABINE HOHL

Die Schweizer Demokraten erzielten im Berichtsjahr einen **Wahlerfolg im Kanton Aargau**. Sie konnten mit zwei Sitzen wieder ins Parlament einziehen. Das neu eingeführte Sitzzuteilungsverfahren („doppelter Pukelsheim“) hatte die Wahlchancen der kleinen Parteien verbessert.<sup>39</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Die Schweizer Demokraten machten mit der geplanten Lancierung einer **Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit** auf sich aufmerksam. Der ehemalige Nationalrat der SD Rudolf Keller (BL) plante ein politisches Comeback. Er will wieder für den Basler Landrat kandidieren. In Zürich wurde ein Postulat der SD abgelehnt, das eine Strasse nach James Schwarzenbach benennen wollte. Schwarzenbach hatte sich in den 1970er Jahren einen Namen als Vater der Überfremdungsinitiative gemacht.<sup>40</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 28.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Viel Bewegung gab es rund um die Parteiorganisation. Ende März wurde Markus Borner (BL) zum neuen **Zentralpräsidenten** der SD gewählt. Er trat die Nachfolge des Ende 2010 überraschend verstorbenen Ueli Brassler (ZH) an. Borner trat allerdings bereits im Juni wieder zurück und machte Platz für den ehemaligen SD-Nationalrat Rudolf Keller (BL). Der ebenfalls zurückgetretene Zentralsekretär Bernhard Hess (BE) wurde mit Adrian Pulver (BE) ersetzt.<sup>41</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 27.07.2011  
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung in Suhr Ende März beschloss die SD die Lancierung einer **Volksinitiative** „gegen die Überbevölkerung“. Die Initiative „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“ will in der Verfassung verankern, dass gesamtschweizerisch die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigen darf. Mit der Unterschriftensammlung für das Begehren, das in der Ecopop-Initiative „zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ und in der SVP-Masseneinwanderungsinitiative Konkurrenz mit ähnlichen Zielen hat, begann die SD Ende Juli.<sup>42</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 04.10.2011  
MARC BÜHLMANN

Nachdem im Internet das Bild eines Berner SD-Nationalratskandidaten aufgetaucht war, das diesen im Konzentrationslager Buchenau in Hitlergruss-Pose zeigte, wurde er aus der Partei **ausgeschlossen**, aber nicht von der Nationalratsliste gestrichen.<sup>43</sup>

**ANDERES**  
DATUM: 31.12.2011  
MARC BÜHLMANN

**In den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Landschaft, Luzern, Waadt und Zürich wollten die Schweizer Demokraten mindestens einen Nationalratssitz gewinnen und so nach 2007 ein Comeback feiern.** Das Unterfangen wurde allerdings deutlich verfehlt. In keinem Kanton konnte die rechtsextreme Partei, die zwischen 1991 und 1995 mit fünf Mandaten im Nationalrat vertreten war, mehr als 1% der Wählerschaft von sich überzeugen. Zudem verlor die SD in Basel-Landschaft ihr Landratsmandat und sitzt neu nur noch im Kanton Aargau in einer kantonalen Legislative.<sup>44</sup>

**VOLKSINITIATIVE**  
DATUM: 01.02.2012  
MARC BÜHLMANN

Ein Scheitern zeichnet sich auch bei der Sammlung der nötigen Unterschriften für die von den SD Ende Juli 2011 lancierten **Initiative** „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“, die in der Verfassung verankern wollte, dass gesamtschweizerisch die Zuwanderung die Abwanderung nicht übersteigen dürfe. Tatsächlich lief die Frist Ende Januar 2013 unbenutzt ab.<sup>45</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 22.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Die negativen Resultate bei den kantonalen Wahlen und das Scheitern bei der Unterschriftensammlung für die eigene Initiative führten schliesslich zu **Auflösungerscheinungen**. Parteipräsident Rudolf Keller verkündete in der Dezemberausgabe des Parteiblattes „Schweizer Demokrat“, das die Partei „fast tot“ sei und nichts mehr anderes übrig bleibe, als sie zu beerdigen. Allerdings strebte Keller einen Neuanfang mit einem neuen Parteiprogramm und unter einem neuen Namen an. Die SD müsse neu erfunden werden.<sup>46</sup>

#### WAHLEN

DATUM: 31.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Mit dem Verlust der beiden Sitze bei den **Gesamterneuerungswahlen** im Kanton Aargau waren die SD in keinem Kanton mehr in der Legislative vertreten. Auch aus dem kommunalen Parlament in der Stadt Bern wurden die SD abgewählt. Damit hatte die Partei, die seit den 60er Jahren im Nationalrat vertreten war, nur noch in der Stadt Zürich, in Uster und in Winterthur Vertreter in der Legislative.<sup>47</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 26.03.2013  
MARC BÜHLMANN

Nachdem die SD 2012 all ihre Sitze in kantonalen Parlamenten verloren hatten – im Nationalrat ist die rechte Partei bereits seit 2007 nicht mehr vertreten – sprach ihr Präsident Rudolf Keller bereits davon, die Partei für tot zu erklären. So weit kam es im Berichtsjahr allerdings nicht. Mit einer Namensänderung sollte der Partei eine **neue Richtung** gegeben werden. Schon einmal hatte sich die Partei in den 1990er Jahren umbenannt: Die Schweizer Demokraten sind die Nachfolger der 1961 in Winterthur gegründeten Nationalen Aktion und der in den 70er Jahren von der NA abgespalteten Republikaner. Die rund 4'000 Mitglieder wurden aufgerufen, sich an der Suche nach einem neuen Namen zu beteiligen. An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende März in Suhr (AG) gab sich die Partei ein neues Programm, verzichtete aber – trotz rund 300 Vorschlägen – auf einen neuen Namen. Mit dem neuen Programm versuchen sich die SD von der SVP abzugrenzen. Betont werden deshalb vor allem soziale und ökologische Fragen. Unter anderem wird auch verlangt, dass in der Volksschule der Text der Nationalhymne gelernt werden muss. Rudolf Keller wurde als Präsident bestätigt.<sup>48</sup>

#### PARTEICHRONIK

DATUM: 21.11.2013  
MARC BÜHLMANN

Prominenten Zuwachs erhielten die Schweizer Demokraten im Stadtparlament in Wädenswil, wo **Albert A. Stahel**, bekannt als Strategieexperte, der Partei beitrug. 2010 als Vertreter der SVP ins Stadtparlament gewählt, wechselte Stahel 2011 zur GLP, bevor er auch den Grünliberalen 2013 den Rücken kehrte und der Partei beitrug, bei der sein Sohn Andreas Stahel – ursprünglich ebenfalls aus der SVP ausgetreten – kantonaler Präsident ist, den Schweizer Demokraten. Den Wechsel begründete Stahel mit konträren Positionen der nationalen GLP zu seinen eigenen. Bei den kommunalen Wahlen 2014 will Stahel noch einmal für die SD antreten. Neben Wädenswil halten die SD noch in den Gemeindeparlamenten von Zürich (2 Sitze), Uster und Winterthur (je 1 Sitz) kommunale Legislativmandate.<sup>49</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Das 2013 aufgegleiste Comeback der **Schweizer Demokraten** nahm auch 2014 keine Fahrt auf. Für die Partei noch schlimmer: Für die Landratswahlen im Kanton Basel-Landschaft 2015 – einst Hochburg der rechtsnationalen Nachfolgerin der Nationalen Aktion und Heimatkanton ihres Präsidenten und einstigen Nationalrats Rudolf Keller – fanden die SD nicht einmal mehr Kandidierende, die zu den Wahlen antreten wollten. Es tue weh, mit anzusehen, wie die Partei langsam einschlafe, gab Josua Studer, der letzte SD-Landrat zu Protokoll, der von 2007 bis 2011 für die Partei in der Baslerbieter Legislative gesessen hatte. Kantonale Mandate haben die SD seit 2012 keine mehr; auch bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Bern konnte die Partei kein Mandat erringen und lediglich noch 0,3% der Wählerschaft von sich überzeugen. Auch die verbleibenden kommunalen Ämter im Kanton Zürich mussten die SD im Berichtsjahr allesamt abgeben. In Winterthur und in Uster traten die SD nicht einmal mehr an und gaben den jeweiligen bisherigen Sitz kampflos preis. In Zürich verloren die SD beide Sitze, und in Wädenswil war zwar der als Strategieexperte bekannte Albert A. Stahel für die Partei angetreten, konnte aber den dortigen Sitz ebenfalls nicht halten. Der für die Zürcher Stadtexekutive antretende Walter Wobmann konnte ebenfalls nicht in die Entscheidung eingreifen. Ein Lebenszeichen der Partei war die nach wie vor in sechs Ausgaben erscheinende Parteizeitung, der „Schweizer Demokrat“.<sup>50</sup>

1) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.

2) BBI, 1997, II, S. 452; NZZ, 13.3.97. Vgl. SPJ 1995, S. 259.

3) Vat. vom 19.3.90; BZ vom 12.5.90; LNN vom 9.6.90; Express und SZ vom 11.6.90; TA vom 12.6.90; BaZ vom 9.5.90

4) SGT und BZ vom 9.6.90

5) NZZ vom 19.2.90; Jdv vom 20.8.90

6) Schweizer Demokrat, 1991, Nr. 2; BBI, 1991, I, S. 106 f.; BBI, 1991, III, S. 1227; Presse vom 12.1.91

7) SN, 4.2.91; Schweizer Demokrat, 1991, Nr. 5

8) NZZ vom 24.6.91; Schweizer Demokrat, 1991, Nr. B

9) Ww vom 6.6.91; NZZ vom 28.11.91.

10) BBI, 1992, III S.1402 f.; Bund vom 22.6.92; BZ und TA vom 18.7.92; NZZ vom 19.10.92; Schweizer Demokrat (1992) Nr. 7

11) BZ, 23.7.93.

12) NZZ, 8.2.93; JdG, 10.5.93; BaZ, 30.8.93; NZZ, 30.10.93.; Parolen 1993

13) Ww, 7.7.94

- 14) Presse vom 29.10.94
- 15) Schweizer Demokrat (1994) Nr. 11
- 16) Parolen 1994
- 17) Presse vom 26.6.95
- 18) NZZ, 4.9.95.
- 19) NZZ, 13.3.97
- 20) 24 Heures, 16.5.98; LT, 6.6.98; Bund, 8.6.98
- 21) Presse vom 4.7.98; BaZ, 7.7. und 14.7.98
- 22) Bund und BZ, 4.11. und 5.11.98; TA, 5.11.98; SGT, 6.11.98; 24 Heures und NZZ, 19.12.98; BZ, 20.11.98
- 23) NZZ, 22.3.99
- 24) NZZ, 22.5. und 14.9.99
- 25) NZZ, 4.2. und 2.5.00.
- 26) Bund, 23.7.01.
- 27) TG, 12.3.03.
- 28) Bund, 26.10.04; NZZ, 12.12.04.
- 29) TA, 16.6.05; BZ, 9.7.05; zur Entwicklung der SD siehe auch NZZ, 23.7.05.
- 30) Zum Referendum gegen die Osthilfe siehe Lib, 17.3.06; zur DV in Olten siehe Bund, 27.3.06; zum Verhältnis zwischen SD und SVP siehe Bund, 3.10.06; TA, 30.12.06; zu Oehen siehe TA, 9.1.06 und Bund, 13.1.06.
- 31) SZ, 23.2., 4.3. und 6.3.06; zur geplanten Tessiner Sektion siehe CdT, 15.3.06.
- 32) NLZ, 19.12.06; TA, 30.12.06.
- 33) BaZ und Bund, 5.1.07; BaZ, 9.1.07; NLZ, 22.1.07; BZ, 2.5.07; TA, 3.5. und 7.5.07.
- 34) TA, 24.8.07; LT, 25.8.07.
- 35) BZ, 23.10.07; SGT und TA, 25.10.07.
- 36) NZZ und SGT, 29.10.07.
- 37) NZZ, 17.12.07
- 38) LT, 22.4.08; Bund, 26.6.08; LT, 25.8.08.
- 39) BaZ, 17.2.09; AZ, 9.3.09.
- 40) BaZ 23.3 und 7.9.10; TA, 4.11.10.
- 41) NZZ, 28.3. und 28.6.11.
- 42) BBI, 2011, S. 6273; BBI, 2011, S. 3795 (Ecopop); BBI, 2011, S. 6269 (Masseneinwanderung); NZZ, 28.3.11; BZ, 27.7.11.
- 43) WoZ, 24.3.11; TA und NZZ, 4.10.11.
- 44) BaZ, 19.1.11.
- 45) BBI 2012, S. 943.; NZZ, 1.2.12.
- 46) TA, 21.12.12; NZZ, 22.12.12; Schweizer Demokrat Nr 11/12.
- 47) TA, 21.12.12.
- 48) SGT, 23.2.13; BaZ und TA, 26.3.13.
- 49) SGT, 23.2.13; NZZ, 21.11.13.
- 50) www.schweizer-demokraten.ch; BLZ, 17.11.14